

PRESSEMITTEILUNG

BUND Landesverband Niedersachsen e. V.
Goebenstr. 3a
30161 Hannover
www.bund-niedersachsen.de

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland



29. Januar 2014

BUND fordert: Keine neue Kalihalde

Neues Kaliwerk im Kreis Hildesheim muss Umweltstandards einhalten

Für das 1987 geschlossene und seither als Reserve-Bergwerk unterhaltene Werk Siegfried-Giesen im Kreis Hildesheim will die K+S Kali GmbH die Wiederinbetriebnahme beantragen. Hierzu wurde bereits ein Raumordnungsverfahren durchgeführt, und am 14. Januar fand der Scoping-Termin für das bergrechtliche Planfeststellungsverfahren statt. Demnach will K+S die Aufbereitungsrückstände auf einer neu zu errichtenden Kalihalde entsorgen, über bestem Börde-Ackerland und unmittelbar neben dem Trinkwassergewinnungsgebiet Giesen. Im weiteren Grundwasser-Abstrom befinden sich das für Hannover wichtige Wasserwerk Grasdorf sowie das FFH-Gebiet „Leineaue zwischen Hannover und Ruthe“, für die eine mögliche Gefährdung bislang nicht untersucht worden ist.

Kalihalden gefährden Grund- und Oberflächengewässer und die davon abhängigen Ökosysteme – und zwar nicht nur im näheren Umfeld. BUND-Experte Ralf Krupp erklärt: „Eine Tonne Rückstandssalz kann mehr als 2000 Kubikmeter Süßwasser unbrauchbar machen, weil dadurch der Chlorid-Grenzwert überschritten wird. Die neue Halde soll mehr als 25 Millionen Tonnen Rückstandssalz aufnehmen, hinzukommen 20 Millionen Tonnen der Althalde. Damit könnten mehr als 100 Milliarden Kubikmeter Süßwasser versalzen werden.“

Laut Krupp wird das Maximum der Grundwasserversalzung erst zum Ende der Lebensdauer einer Kalihalde erreicht, wenn fast alles Salz durch Niederschläge in Lösung gegangen ist. Kalihalden sind daher tickende Zeitbomben für unsere Süßwasser-Ressourcen. Eine Abdeckung der Halden vermindere nicht die Salzmenge, sondern verlängere nur den Zeitraum, in dem das Salz in die Gewässer gelangt. Und auch eine Basisabdichtung vermindere nicht die Salzmenge, sondern verlagere die Versalzungsproblematik vom Grundwasser in die Oberflächengewässer.

International ist es längst üblich, neue Kaliwerke so zu planen und zu betreiben, dass die Aufbereitungsrückstände vollständig in die Hohlräume zurückgeführt werden und Produktionsabwässer verwertet werden. Dass es auch ohne Rückstandshalden und Salzabwassereinleitungen geht, machen Beispiele kanadischer Kaliwerke deutlich: Die Provinzregierung von New Brunswick hat vor Jahren die Aufschüttung neuer Kalihalden verboten. Seither wurden dort die vollkommen emissions- und rückstandsfreien Penobsquis- und Picadilly-Kalibergwerke erschlossen und sie arbeiten profitabel. Dies muss laut BUND auch für Siegfried-Giesen gelten. „Der BUND erwartet daher, dass bei neuen Kaliwerken in Deutschland mindestens die gleichen Umweltstandards eingehalten werden müssen“, fordert Krupp.

HINTERGRUND

Beispielrechnung für die Versalzung:

Eine Tonne Rückstandssalz (im Wesentlichen Steinsalz, NaCl) enthält 607 kg Chlorid-Ionen. Diese Menge hat das Potential 2428 m³ Süßwasser unbrauchbar zu machen, indem der Chloridgrenzwert der Trinkwasserverordnung (250 mg/L Cl) überschritten wird. Bei einer beantragten Haldenkapazität von 26,25 Mio. Tonnen für die neue Halde plus den ca. 20 Mio. Tonnen der Althalde ergibt sich somit ein Versalzungspotential für 112 Mrd. m³ Süßwasser. Das sind 112 km³.

Gute Beispiele aus aller Welt:

In den neuen Kaliwerken Kanadas werden alle Aufbereitungsrückstände mit dem so genannten Spülversatz-Verfahren in leer geförderten Kaliabbauen entsorgt. Dies hat auch den Vorteil, dass über versetzten Abbauen keine stärkeren Bodensenkungen eintreten können. Um bereits während der Kaliförderung ausreichend Platz für alle anfallenden Rückstände zu haben, wird parallel zum Kalisalz auch Steinsalz gewonnen und als Streusalz vermarktet.

Auch aktuelle Feasibility-Studien für Kalilagerstätten in Laos (Thangone) und Rossleben (Südharz-Revier) haben abwasser- und rückstandsfreie Verfahren zur Kaligewinnung erarbeitet. Neue Genehmigungen in Katalonien (Iberpotash) schränken die Aufhaltung und die Einleitung der Haldenlauge ins Mittelmeer ein und es ist geplant, die Aufhaltung und die Entsorgung via Pipeline einzustellen. Weltweit richten sich demnach neue Kaliprojekte nach den Forderungen des United Nations Environmental Programme (UNEP) aus dem Jahr 2001, das den vollständigen Versatz der Kalirückstandssalze vorsieht.

Quellen:

- Canadian Sailings (2014) New Picadilly mine on schedule to double port potash shipments by 2014: <http://www.canadiansailings.ca/?p=2307>
- Potashworks (2014) AMEC – Shaping the future of potash: <http://potashworks.com/amec-shaping-the-future-of-potash/>
- Rauche, H.: Stand der Technik bei der Gewinnung und Aufbereitung von Kalirohsalzen und natürlichen Lösungen zu Kalidüngemitteln sowie bei der Entsorgung der dabei anfallenden Rückstände", Vortrag Dr. Rauche ERCOSPLAN, auf der AG-Sitzung am 06.06.13 (<http://www.runder-tisch-werra.de/index.php?parent=1299>)
- UNEP (2001) Environmental Aspects of Phosphate and Potash Mining. First edition. Printed by United Nations Environmental Programme (UNEP) and IFA, Paris, December 2001: http://www.fertilizer.org/ifacontent/download/5749/91316/version/1/file/2001_mining_guide.pdf
- Webb, T. C. : New Brunswick Potash: A review of Developments and Potential Exploration Alternatives.- New Brunswick Department of Natural Resources, 2009: https://www.gnb.ca/0078/minerals/PDF/IC_2008-4_Report.pdf

Rückfragen zum Thema an:

Dr. Ralf Krupp

Freiberuflicher Gutachter und Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des BUND

Niedersachsen

Tel. (05136) 78 46

E-Mail: ralf.krupp@bund.net

Pressekontakt:

Carla Juhre

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

BUND Landesverband Niedersachsen

Tel. (0511) 965 69 - 39

E-Mail: carla.juhre@nds.bund.net

Internet: www.bund-niedersachsen.de

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) ist bundesweit mit mehr als 460.000 Mitgliedern, Spendern und Förderern der größte Umweltverband Deutschlands. In Niedersachsen zählt der Verein rund 33.000 Mitglieder und Förderer. Der Verein ist vom Staat als Umwelt-/Naturschutzverband anerkannt. Der BUND versteht sich als die treibende gesellschaftliche Kraft für eine nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Die Vision: ein zukunftsfähiges Land in einer zukunftsfähigen und friedfertigen Welt.